BLICKPUNKT

Wiggertal

Ein klares Ja zum neuen Schulraum

PFAFFNAU Grünes Licht für die Schulraumerweiterung: An der ausserordentlichen Gemeindeversammlung genehmigten die Stimmberechtigten am Mittwochabend den Sonderkredit in Höhe von 5,48 Millionen Franken.

von **Thomas Conrad**

Nach 20 Minuten war der Entscheid gefällt: Die Schule Pfaffnau erhält zusätzliche Räume. 137 Stimmberechtigte bewilligten an der ausserordentlichen Gemeindeversammlung einen Sonderkredit in Höhe von 5,48 Millionen Franken für den Schulhausanbau. «Wir sind glücklich, dieses für die Gemeinde wichtige Projekt nun umsetzen zu können», sagte Andreas Müller, der als Gemeinderat Ressort Bildung und Präsident der zwölfköpfigen Planungs- und Baukommission (PBK) die Hauptverantwortung für die Pfaffnauer Schulraumerweiterung trägt. Die grossmehrheitliche Zustimmung der Stimmbevölkerung sei ein wichtiger Meilenstein für ein Grossprojekt, das seine erste Hürde im Jahr 2024 nahm. Damals bewilligte die Versammlung den Planungskredit von 460 000 Franken.

Rund zwei Jahre später ist die Finanzierung des Bauvorhabens vollständig gesichert. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 5,94 Millionen Franken (inklusive Planungskredit). Ein Betrag, dem kostensensibles Planen der Verantwortlichen zugrunde liege. «Wir haben realistisch budgetiert und gleichzeitig Sparpotenziale ausgeschöpft.» Dazu gehören Optimierungen bei der Fassadengestaltung. Ausserdem werde nur das absolut Nötige und nichts auf Vorrat gebaut.

Die Pfaffnauer Stimmberechtigten hiessen an der Gemeindeversammlung den Sonderkredit für die Schulraumerweiterung gut. Somit kann das Projekt «Kaleidoskop», das einen Anbau an das Sekschulhaus vorsieht, umgesetzt werden. Visualisierung **zvg**

Vier neue Räume geplant

Das Siegerprojekt «Kaleidoskop» ist ein stirnseitiger Anbau an das Sekundarschulhaus. Dieser ergänzt die bestehende Anlage mit insgesamt vier neuen Schulräumen. Zwei davon befinden sich im ersten Obergeschoss und werden von den beiden Kindergärten genutzt. Die anderen Räume im zweiten Stock – einer davon wird als flexible Lernlandschaft ausgeführt – sind für zwei Primarschulklassen gedacht. Im Erdgeschoss entsteht zudem ein Mehrzweckraum, der nebst der Schule auch für Kurse, Gemeindeanlässe oder Aktivitäten von Vereinen im kleinen Rahmen gedacht ist. Letztere sollen mithelfen, den Innenausbau zusammen mit den Bauverantwortlichen zu realisieren (*der WB berichtete*).

Andreas Müller vermittelte den Anwesenden Details zur Bauweise. Das neue Gebäude ist ein Hybridbau. Böden, Decken und Wände werden aus Beton oder Backstein produziert, während die Fassade und das Dach in vorgefertigtem Holzbau geplant sind. Im Frühling 2027 sollen die Bagger auffahren. Wenn alles nach Plan verläuft, können die neuen Räume zum Start des Schuljahres 2028/2029 bezogen werden. Danach soll das Provisorium, wo heute zwei Kindergartenklassen in einem Container Unterricht haben, zurückgebaut werden.

Fokus auf Partizipation gelegt

An der Versammlung zeigte sich: Die Pfaffnauer Stimmbevölkerung schien im Vorfeld gut informiert worden zu sein über das Projekt. Zumindest gab es keine Wortmeldungen. Ein Grund dafür könnte gemäss Müller die Kommunikationsstrategie des Gemeinderates und der PBK sein. «Wir haben im Prozess bewusst darauf geachtet, die Bevölkerung mittels Infoanlässen und persönlichen Gesprächen so gut wie möglich auf dem Laufenden zu halten.» Im Anschluss an den offiziellen Teil feierten Gemeinderat, PBK und die Bevölkerung mit einem Apéro gemeinsam den erreichten Meilenstein.

Verband klopft an Pflegeheimtüren

REIDEN Vier Altersheime im unteren Wiggertal in einen Gemeindeverband überführen? Bevor der Gemeindeverband Regionales Alterszentrum diese Frage «mit offenem Ausgang» prüfen will, sind die Standortgemeinden gefragt.

von **Stefan Bossart**

Die Idee, die Alterszentren Biffig in Schötz, Eiche in Dagmersellen, Murhof in St. Urban und Feldheim in Reiden in einem Gemeindeverband zusammenzuführen, ist auf dem Tisch. Angestossen hat die Diskussion die Gemeinde Pfaffnau mit ihrem Antrag an der Delegiertenversammlung des Gemeindeverbands Regionales Alters- und Pflegezentrum. «Lösungen für Heimplätze und dem Alter gerecht werdende andere Wohnformen sollten – ebenso wie deren Lasten – nicht von den Standortgemeinden allein, sondern von der ganzen Region getragen werden, um eine langfristige Versorgungssicherheit zu gewährleisten», begründete Gemeindepräsidentin Sandra Cellarius das Anliegen. Mit diesem Vorstoss stiess sie durchaus auf offene Ohren, auch wenn der Antrag letztlich keine Mehrheit fand. Mit 16 von 27 Stimmen setzte sich ein von der Gemeinde Reiden unterstützter Gegenantrag aus Egolzwil durch. Dieser sieht vor, dass die Verbandsleitung zunächst bei den vier Heimstandortgemeinden Dagmersellen, Schötz, Reiden und Pfaffnau das Interesse an einer vertieften Prüfung abklärt. «Wir sind nicht grundsätzlich gegen das Anliegen der Pfaffnauer», führte die Egolzwiler Sozialvorsteherin Antoinette Wicki aus. Eine ernsthafte Prüfung mache aber nur Sinn, wenn alle vier Standortgemeinden dahinterstünden. Die Verbandsleitung soll deshalb das Gespräch mit den Besitzern der Zentren suchen. Stimmen nicht alle vier der Prüfung der Aufnahme in den Verband zu, wird das Vorhaben ad acta gelegt.

Zahlreiche Fragen stehen an

Dass die Alterszentren in der Region künftig noch enger zusammenarbeiten sollen, stellte an der Versammlung niemand grundsätzlich infrage. Wie weit diese Zusammenarbeit gehen soll und wer künftig welche Verantwortung trägt, darüber gingen die Meinungen allerdings auseinander. Die Gemeinde Wauwil wollte auf das Traktandum zunächst gar nicht eintreten. Ihr Antrag blieb erfolglos. «Wir stellen uns nicht per se gegen eine vertiefte Zusammenarbeit. Bevor Verhandlungen aufgenommen werden, müssen die Heime aber ihre langfristige Rolle innerhalb der kantonalen Pflegeplanung definieren, mögliche Spezialisierungen aufzeigen und ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit darlegen», sagte der für das Ressort Soziales zuständige Gemeinderat René Schönauer. Für Wauwil stehen tragfähige Versorgungskonzepte im Vordergrund – nicht die Übertragung finanzieller Risiken auf weitere Verbandsgemeinden.

Verbandspräsident Hans Luternauer verwies darauf, dass eine Zusammenarbeit in vielen Bereichen bereits heute möglich sei. Als Beispiele nannte er Personal, Administration, Informatik und Finanzen. Gleichzeitig gebe es Herausforderungen, denen sich die Region gemeinsam stellen müsse. Der Verband hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2027 eine Strategie für verschiedene Versorgungslücken zu entwickeln. Dazu gehören fehlende Pflegebetten für die Akut- und Langzeitpflege, spezialisierte Plätze für junge Menschen mit Demenz sowie die Frage nach einem Sterbehospiz. Das Feldheimareal in Reiden könnte den nötigen Raum für entsprechende Angebote bieten. Luternauer hatte diese Perspektive bereits an der Delegiertenversammlung im Frühling aufgezeigt.

Skepsis gegenüber möglichem Zusammenschluss

In der Botschaft zur Delegiertenversammlung machte die Verbandsleitung deutlich, dass sie zwar bereit ist, mit den Heimstandorten ergebnisoffen in die Diskussion einzusteigen, einem Zusammenschluss aber skeptisch gegenübersteht. Insbesondere die damit verbundenen finanziellen Transaktionen und die möglichen zusätzlichen Belastungen für sämtliche Verbandsgemeinden bereiten ihr Sorgen.

Auch Gregor Kaufmann, Sozialvorsteher von Dagmersellen, warnte davor, die Herausforderungen einer solchen Neuorganisation zu unterschätzen. «Ich bin der Letzte, der sich gegen eine intensive Zusammenarbeit ausspricht», sagte Kaufmann, der als Geschäftsführer der Willisauer Waldruh amtet. Dabei verwies er auf die gescheiterte Vereinigung dieses Pflegezentrums mit jenem in der Willisauer Zopfmatt. Vier Jahre hätten die Abklärungen gedauert, kostenintensiv sei die notwendige Fachberatung gewesen. Am Ende habe sich gezeigt, dass der Teufel bisweilen im Detail liegen kann. Für Kaufmann liegt ein wesentlicher Teil der Lösung ohnehin ausserhalb der Heime. «Im unteren Wiggertal haben wir es nicht geschafft, sämtliche Spitex-Vereine für eine gemeinsame Organisation ins Boot zu holen», gab er zu bedenken. Gerade in diesem Bereich müssten die Gemeinden aber ihre Hausaufgaben machen. «Die ambulante Pflege ist ein wichtiger Grundpfeiler unseres Gesundheitssystems und verhindert eine Überlastung der stationären Einrichtungen.»

Feldheim budgetiert mit kleinem Gewinn

BUDGET Das Regionale Alters- und Pflegezentrum Feldheim rechnet für 2027 bei einem Umsatz von knapp 19 Millionen Franken mit einem Gewinn von 70 000 Franken. Voraussetzung dafür ist eine erwartete Auslastung von 100 Prozent. Gleichzeitig werden die Taxen leicht erhöht: In der Pflege steigt der Ansatz von 75 auf 78 Franken pro Stunde, in der Hotellerie der Tagestarif von 153 auf 157 Franken. Damit bleibt das Feldheim im Vergleich mit umliegenden Pflegeinstitutionen preislich am unteren Ende der Skala. «Dies liegt vor allem an der wirtschaftlichen Grösse des Feldheims mit 151 Betten», erklärte Zentrumsleiter Roland Meier bei der Präsentation der Zahlen.

Grössere Bauprojekte sind für 2027 nicht vorgesehen. Die bestehenden Gebäude sind in gutem Zustand, die Photovoltaikanlage ist in Betrieb und der Aussenbereich wurde erneuert. Geplant sind Investitionen von 200 000 Franken in den Ersatz der elektronischen Schliesssysteme sowie von 180 000 Franken für 48 neue Pflegebetten samt Nachttischen. Die bisherigen Betten stammen aus dem Jahr 1991. Über den Fonds «Lebändigs Feldheim» werden zudem neue Kinderspielgeräte bei der Cafeteriaterrasse für 18 000 Franken finanziert.

In der 34-jährigen Geschichte des Regionalen Alterszentrums mussten die Delegierten aus den zehn Verbandsgemeinden noch nie über ein negatives Jahresergebnis befinden. Gemäss Finanzplan soll dies auch in den kommenden Jahren so bleiben. «Dies ist kein Selbstläufer», betonte Verbandspräsident Hans Luternauer. Sowohl er als auch Brigitte Purtschert von der internen Kontrollstelle lobten die Arbeit der Verbandsführung sowie von Zentrumsleiter Roland Meier und seinem Team.

Die Kontrollstelle mahnt zugleich, Investitionen weiterhin konsequent abzuschreiben und die Bankdarlehen jährlich um 500 000 Franken zu amortisieren. Bis 2032 sollen die langfristigen Schulden so von rund 12,5 Millionen auf weniger als zehn Millionen Franken sinken. «Dies erlaubt dem Feldheim einen gewissen Handlungsspielraum und entlastet die Trägergemeinden bei künftigen Investitionen», hält die Kontrollstelle in ihrem Bericht fest. **bo.**

Gekennzeichneter Download (ID=6988f0d55bf3bab79e0edf031321d46a4db3ef1b56634ca8ef481af896f1035f)